

Sozialismus

USA: Die Tea-Party-Quittung
Landesbanken retten?

**Forum
Gewerkschaften**

Tarifrunde 2011

Managen Wissensarbeiter sich selbst?

Brasilien: Was wird aus Lulas Erbe?

Außenministerium: Ein »Amt« wird entzaubert



Dies ist ein Artikel aus der Monatszeitschrift Sozialismus.
Informationen über den weiteren Inhalt finden Sie
unter www.sozialismus.de.

Dort können Sie ebenfalls ein Probeheft
bzw. ein Abonnement bestellen

www.Sozialismus.de



Aktuelle Kommentare,
Tipps & Termine.

www.wissentransfer.info



Arbeitspapiere, Veranstaltungshinweise, Referenten, Forum.

www.linksnet.de



Das Portal für linke Politik und Wissenschaft von 34 Zeitschriften.

www.vsa-verlag.de



Neuerscheinungen, Inhaltsverzeichnisse, Leseproben.

Höhenflüge – Strategien – Störungen

Redaktion Sozialismus: Der Kampf um die Mitte 2

Uli Cremer: NATO 3.0 oder NATO 2.1? 5

Hagen Kühn: Beschäftigungsunsicherheit und Gesundheit 8

Politische Kreditgeschäfte

Joachim Bischoff/Richard Detje: Überlebenskrise der EU 13

Raoul Didier/Philipp Hersel/Rainald Ötsch/Axel Troost:
Die WestLB am Scheideweg 18

Joachim Bischoff/Knut Persson/Bernhard Sander/Norbert Weber:
Haben die Landesbanken eine realisierbare Zukunft? Eine etwas andere Sicht 23

Forum Gewerkschaften

Otto König/Richard Detje: »Zeit der Krisentarifverträge ist vorbei«
Ausblick auf die Tarifrunde 2011 27

Peter Stahn: »Wissensarbeiter/innen managen sich selbst«
Sind Gewerkschaften überflüssig? 30

Udo Achten: Recht haben und Recht bekommen
(zu Berg u.a., Tarifvertragsgesetz und Arbeitskampfrecht, Basiskommentar) 37

Lothar Wentzel: Heinz Dürrbeck oder die Entstehung der betriebsnahen
Bildungsarbeit (zu Stefan Müllers Biografie) 39

Die Americas: Hegemoniekrise & Führungswechsel

Ingar Solty: Die Tea-Party-Quittung. Das Scheitern des Obama-Projekts
und die US-Zwischenwahlen 2010 42

Rolf Sieber: Demokratisches Desaster bei den Zwischenwahlen in den USA 48

Benedikt Behrens: Was wird aus Lulas Erbe?
Brasilien nach der Wahl von Dilma Rousseff 51

Forschungsergebnisse

Gerhard Stuby: Ein Amt wird entzaubert.
Der Bericht »Das Amt und die Vergangenheit« der Historikerkommission 56

Jens Becker: Soziologie als »Korrekturwissenschaft« –
zum Soziologentag 2010 62

Sabine Reiner: Deutsche Zweiheit – ein nüchterner Blick auf die Einheit
(zur AG Alternative Wirtschaftspolitik, Bilanz der Vereinigungspolitik) 67

Termine/Filmkritik

Impressum 65

Veranstaltungen 68

Johannes Springer: Vapor Trail (Clark) (Filmkritik) 69

NATO 3.0 oder NATO 2.1?

von | Uli Cremer



Strategieklärung: NATO-Generalsekretär Rasmussen, Lissabon, 19.11.2010 (Foto: dpa)

det. Die Teilnahme des russischen Präsidenten an dem Gipfel in Lissabon war alles andere als zufällig oder überraschend. In der Perspektive wird Russland zum Partner beim geopolitischen Ordnen im Süden. Der Begriff Nordpakt² (gegen den Süden) beschreibt diese neue Realität. Am deutlichsten wird sie aktuell an der Afghanistan-Front sichtbar. Den Afghanistan-Krieg der NATO hat Russland von Anfang an unterstützt, auch wenn man sich bis vor kurzem nicht traute, wieder russisches Personal vor Ort einzusetzen. Im Oktober 2010 war es dann soweit: Gemeinsam hoben US-amerikanische und russische Einsatzkräfte Drogenlabore aus und beschlagnahmten 150 Tonnen Opium und 900 Tonnen Heroin – wogegen der afghanische Präsident zwar protestierte, aber nichts machen konnte. Nach der erfolgreichen Aktion erwägt Russland, »weitere Beamte nach Afghanistan zu schicken«.³ Die Bundeswehr durfte bereits viele Jahre ihren Nachschub über russisches Gebiet transportieren, nun steht die Nordroute seit 2009 auch den US-Streitkräften zur Verfügung. Inzwischen werden über diese Route 30% des westlichen Nachschubs für den Afghanistan-Krieg abgewickelt. Da die Nachschubwege durch Pakistan zunehmend von den Aufständischen attackiert und immer mehr westliche Soldaten in den Afghanistan-Krieg geschickt werden, ist die Kooperation mit Russland für die NATO-Kriegsführung unverzichtbar.

Die Störmanöver gegen die Zusammenarbeit mit Russland seitens der Bush-II-Regierung durch Beitrittsangebote an die Ukraine und Georgien, die von Deutschland, Frankreich und Italien hintertrieben wurden, haben sich inzwi-

Mit der Bemerkung »Wir starten heute in eine neue Ära der NATO« eröffnete NATO-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen im November 2010 in Lissabon den NATO-Gipfel. Nach der NATO 1.0 im Kalten Krieg und der NATO 2.0 nach dem Kalten Krieg zwischen West und Ost sei nun die Zeit für etwas Neues gekommen – die NATO 3.0. Verdient das neue strategische Konzept¹ diese Bezeichnung? Es wird vielfach übersehen, dass die wichtigsten Weichenstellungen für die Zeit nach dem Kalten Krieg bereits 1991 in Rom gestellt wurden. Damals entdeckte die NATO neue Risiken. Und sie wandelte sich von der Alten NATO zur Neuen NATO: Aus der

West-Ost-Ausrichtung wurde die Nord-Süd-Ausrichtung. Dafür baute man nach und nach Expeditionstreitkräfte in den NATO-Ländern auf, die wahlweise schnelle Eingreiftruppen, Krisenreaktionskräfte oder einfach »Einsatzkräfte« getauft wurden. Viele haben das bis heute nicht begriffen und verharren in den Schablonen des Kalten Krieges.

Kooperation mit Russland

Zur Neuen NATO gehört das kooperative Verhältnis zu Russland, das sich seit den 1990er Jahren – freilich mit Brüchen, aber doch Stück für Stück – herausbil-

Uli Cremer, Hamburg, ist in der Grünen Friedensinitiative aktiv (www.gruene-friedensinitiative.de), er ist zudem Autor des Buches »Neue NATO: die ersten Kriege. Vom Militär- zum Kriegspakt« (Hamburg 2009: VSA).

¹ Bei Redaktionsschluss war das Konzept nur in Englisch verfügbar; die im Text verwendeten deutschen Passagen sind keine offiziellen Übersetzungen. Quelle: <http://www.nato.int/strategic-concept/index.html>

² Erstmals wurde diese Formulierung 1998 in dem Buch »Neue NATO – neue Kriege?« benutzt. Vergleiche dazu auch: Uli Cremer: Neue NATO: die ersten Kriege, Hamburg 2009, insbesondere Kapitel 6: Das Verhältnis NATO-Russland

³ »Russisch-amerikanische Operation in Afghanistan«, FAZ 30.10.2010

schen erledigt. In der Ukraine haben die NATO-Beitrittsfans die Wahlen verloren, und Georgien ist bis auf Weiteres auf den Kandidatenstatus eingefroren. Insofern wird im Strategischen Konzept des Jahres 2010 der Status Quo festgehalten, einen Beitrittstermin gibt es nicht. Gleichzeitig verweist die NATO darauf, dass die Tür für alle europäischen Demokratien weiter offenstehe. Da Russland zu Europa gehört, enthält diese Formulierung die Möglichkeit, diesem ein Beitrittsangebot zu unterbreiten.

Forderungen, Russland eine Beitrittsperspektive zu geben, um so ein »kollektives Sicherheitssystem« in Europa zu schmieden (wie sie z.B. aus den Reihen der GRÜNEN erhoben werden), sind friedenspolitisch zu kurz gesprungen bzw. kontraproduktiv. Denn darum geht es überhaupt nicht, sondern Perspektive der Nord-Zusammenarbeit zwischen NATO und Russland ist die Machtprojektion *außerhalb* Europas. Wer den Beitritt Russlands in die NATO betreibt, unterstützt das Zusammenfügen des offensiv ausgerichteten Nordpakts.

Ausbau der Expeditionstreitkräfte

Was die Effizienzsteigerung bei den Expeditionstreitkräften der NATO betrifft, stellt die neue Strategie selbst keine neue Qualität dar. Erwähnt wurden diese Kräfte als »Sofort- und Schnellreaktionsverbände« bereits im 1991er Konzept von Rom. Die operativen Beschlüsse der NATO, die NRF (NATO Response Force) aufzubauen, sind längst gefasst, allerdings leidet das Projekt unter dem aus dem Ruder gelaufenen Afghanistan-Krieg. Er bindet aus NATO-Sicht mehr Kräfte als gewünscht (inzwischen sind dort ca. 150.000 westliche Soldaten im Einsatz, das sind mehr, als die Sowjetunion in den 1980er Jahren aufbot). Aktueller Stand ist, dass die NRF eine Größenordnung von 13.000 haben soll. Die Konstruktion ist, dass die einzelnen Mitgliedstaaten Kontingente melden. Inwiefern diese dann zum Einsatz kommen, unterliegt nach wie vor der einzelstaatlichen Zustimmung, selbst wenn die NATO einen einstimmigen Beschluss fasst. In Deutschland müsste z.B. der Bundestag noch darüber abstimmen.

Diese »Schwerfälligkeit« wollen natürlich schlaue NATO-Strategen beheben, indem perspektivisch NATO-eigene Streitkräfte aufgebaut werden, die den Nationalstaaten entzogen sind. In dieser Richtung hat sich jedoch in Lissabon nichts bewegt – jedenfalls ist den öffentlich zugänglichen Dokumenten nichts zu entnehmen. Allerdings verabschiedete die NATO zu dem elfseitigen neuen Konzept einen mehrere hundert Seiten starken Anhang, der geheim gehalten wird.⁴ Darin wird vermutlich das ein oder andere zum weiteren Aufbau der NRF geschrieben stehen.

Wie sollen die Expeditionstruppen eingesetzt werden? Artikel 19 des 2010er Konzepts verallgemeinert die beiden Anwendungsfälle der letzten zwölf Jahre, den Kosovo- und den Afghanistan-Krieg. Letzterer ist die bisher einzige historische Anwendung des Artikels 5 des NATO-Vertrages. 2001 wurde der Bündnisfall erklärt, der formal immer noch andauert. Davon zu unterscheiden sind die so genannten Nicht-Artikel-5-Einsätze, auch »Krisenmanagement« genannt, z.B. in Form des Angriffskrieges gegen das damalige Jugoslawien 1999 (Kosovo-Krieg). Allerdings betraten die eigentlichen Expeditionskräfte damals erst den Kriegsschauplatz, nachdem Belgrad kapituliert hatte. Vor diesem Hintergrund muss die Betonung der »kollektiven Verteidigung« im Lissaboner Konzept gelesen werden. Darin liegt nichts Defensives, denn »verteidigt« wird heutzutage außerhalb des Bündnisgebiets, z.B. am Hindukusch. Die NATO hat keinerlei Pläne für gemeinsame konventionelle nicht-angriffsfähige Verteidigungskapazitäten. Vielmehr kommen die entsprechenden Verbände zur »Landesverteidigung« in den NATO-Ländern immer mehr aus der Mode. So wird in Deutschland gerade die Wehrpflicht ausgesetzt, die im Wesentlichen Personal für nicht-angriffsfähige Landesverteidigungsverbände bereitstellen sollte.

»Cyber-Defense« anstelle »atomwaffenfreier Welt«?

Dass die NATO an Atomwaffen festhält, solange es solche Waffen gibt (also bis zum St. Nimmerleinstag), hat große öf-

fentliche Beachtung gefunden, da so die von Obama 2009 aufgegriffene Vision einer atomwaffenfreien Welt immer mehr unterlaufen wird. Gleichzeitig werden neue Waffengattungen ins Arsenal genommen. Besonders im Fokus ist die so genannte Cyber-Defense. Die spannende Frage hier ist: Worin unterscheiden sich Kapazitäten für Cyber-Defense von solchen für Cyber-Angriffe? Werden hier unter falschem Etikett neue Angriffswaffen entwickelt? Was diese anrichten können, ist im Jahr 2007 nicht nur in Estland zu besichtigen gewesen,⁵ sondern auch 2010 im Iran, dessen Infrastruktur, insbesondere seine Urananreicherungsanlagen, durch den Computervirus Stuxnet attackiert wurden.⁶

Unzufrieden waren die Militärs in den vergangenen Jahren mit der zivil-militärischen Zusammenarbeit. Dass Kriege nicht allein mit Militär ausgefochten und gewonnen werden, weiß inzwischen jedeR. Auch die NATO hat seit den 1990er Jahren diese Zusammenarbeit auf dem Radarschirm. In allen Einsätzen (im Balkan oder auch jetzt in Afghanistan) konnte sie seither die führende Rolle des Militärs sicherstellen. Das ist ihr aber heutzutage nicht genug: Die Tätigkeit der zivilen Organisationen ist der NATO zu wenig mit den militärischen Abläufen und Planungen verknüpft. Ideal wäre für die Militärs, dass die NGOs, die EU und auch die UNO bereits mit der NATO ins Manöver zögen. Viele wünschen sich auch NATO-eigene zivile Kräfte. Das hatte der NATO-Gipfel 2006 in Riga noch abgelehnt. In Lissabon erfolgte der Positionswechsel: Nun soll eine eigene »angemessene, aber maßvolle zivile Krisenmanagement-Kapazität« aufgebaut werden. Was im Einzelnen geschehen soll, regelt vermutlich der geheime Anhang.

Wirtschaftskriege, Völkerrecht & »politische Konsultationen«

Im Oktober griffen viele Oppositions-PolitikerInnen Minister Guttenberg für folgende Äußerung an: »Die Sicherung der Handelswege und der Rohstoffquellen ist ohne Zweifel unter militärischen und globalstrategischen Gesichtspunkten zu betrachten.« SPD-Fraktionsgeschäfts-

führer Thomas Oppermann entgegnete: »Das Grundgesetz erlaubt keine Wirtschaftskriege.«

Allerdings hatte die SPD in Zeiten der Großen Koalition das Bundeswehr-Weißbuch 2006 mit verantwortet, in dem es heißt: »Deutschland hat aufgrund seiner immer engeren Verflechtung in der Weltwirtschaft besonderes Interesse an internationaler Stabilität und ungehindertem Warenaustausch. Wie viele andere Länder ist es in hohem Maße von einer gesicherten Rohstoffzufuhr und sicheren Transportwegen in globalem Maßstab abhängig und auf funktionierende Informations- und Kommunikationssysteme angewiesen. Verwerfungen im internationalen Beziehungsgefüge, Störungen der Rohstoff- und Warenströme, beispielsweise durch zunehmende Piraterie, und Störungen der weltweiten Kommunikation bleiben in einer interdependenten Welt nicht ohne Auswirkungen auf nationale Volkswirtschaft, Wohlstand und sozialen Frieden.« (S. 21f.)

Auch im Jahr 2006 war die Idee nicht neu, sondern sie lässt sich bis in die von Minister Rühle erlassenen Verteidigungspolitischen Richtlinien von 1992 zurückverfolgen.

Die Debatte um Wirtschaftskriege wird auch bei der NATO schon seit 1991 geführt. Sie hatte in ihrem Konzept von Rom »Risiken einschließlich der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, Unterbrechung der Zufuhr lebenswichtiger Ressourcen sowie Terror- und Sabotageakte« entdeckt.⁷ Im aktuellen strategischen Konzept wird der Grundidee des Wirtschaftskrieges allerdings erheblich mehr Raum gegeben: »Alle Länder sind zunehmend abhängig von vitalen Kommunikationsmitteln sowie Transport- und Transitrouten, von denen die internationale Handels- und Energiesicherheit abhängt. Dies erfordert größere internationale Anstrengungen, um die Widerstandsfähigkeit gegenüber Attacken oder Unterbrechungen zu gewährleisten.« (Art. 13) Deshalb müsse die NATO – und das ist eine neue Qualität – »die Kapazität entwickeln, um zur Energiesicherheit beizutragen, einschließlich des Schutzes kritischer Infrastrukturen und Transitgebieten und -routen.« (Art. 19)

Auch wenn im Lissaboner Konzept der völkerrechtswidrige Angriffskrieg gegen Jugoslawien nicht wie im Washingtoner Konzept von 1999 eine besondere Würdigung erfährt, enthält auch der neue Text ein problematisches Verhältnis der NATO zur UNO. Denn diese kennt nur NATO-geführte Operationen, an denen andere Akteure wie die EU oder die UNO »beteiligt« sind. Hinzuweisen wird auf die ursprünglich geheim gehaltene Deklaration zwischen den Sekretariaten von NATO und UNO vom 23.9.2008, die die führende Rolle der NATO ausdrücklich anerkennt: »Unsere gemeinsamen Erfahrungen haben den Wert effektiver und effizienter Koordination unserer Organisationen erwiesen. Wir haben eine operative Zusammenarbeit, beispielsweise bei der Friedenserhaltung auf dem Balkan und in Afghanistan, entwickelt, wo von der UNO autorisierte und von der NATO geführte Operationen gleichzeitig mit Friedenseinsätzen der UNO arbeiten.« Das heißt: Die UNO darf unter der NATO Dienst tun.

Für die Zukunft wünscht sich die NATO »mehr reguläre politische Konsultationen« (Artikel 31). Sinnvoller wären Weiterbildungsmaßnahmen für die NATO in Sachen Völkerrecht, um Angriffskriege à la Kosovo in der Zukunft zu verhindern.

»Abzug« aus Afghanistan?

Auch mit dem Afghanistan-Krieg hatte sich die NATO in Lissabon zu befassen. Dabei präsentierte sie einen »Abzugsplan«. Wie US-Präsident Obama schon im Dezember 2009 angekündigt hatte, sollen im Juli 2011 erste Truppen abgezogen werden, 2014 soll der Abzug abgeschlossen sein. Der Clou ist, dass – wie im Irak – danach immer noch zehntausende westliche Soldaten in Afghanistan stationiert bleiben sollen (um die afghanischen Sicherheitskräfte auszubilden...). Offenbar glaubt aber nicht einmal der NATO-Generalsekretär an den Zeitplan, denn er versicherte eilig: »Wir werden bleiben, bis der Job getan ist.« Und das kann dauern, zumal der als Voraussetzung für den Abzug benannte Aufbau der afghanischen Sicher-

heitskräfte und der afghanischen Staatlichkeit nicht wirklich vorankommt. Natürlich werden die von der NATO genannten Zahlen immer besser, aber vermutlich ist das nur darauf zurückzuführen, dass ISAF-Kommandeur Petraeus den Kommunikationsetat um 100.000 auf 290.000 US-\$ aufgestockt hat.⁸ Das westliche Personal vor Ort macht andere Erfahrungen: »Beziehungsaufbau zu den Erwachsenen: Am Morgen hat [US-Oberleutnant] West eine Ältestenversammlung einberufen, um den Bewohnern des Dorfes Regi Kalache zu erklären, was die Regierung für sie tun kann. Leider ist der zuständige Distriktsmanager Mohammad Tahir nicht gekommen... Und so bleibt dem jungen Mann aus Ohio nichts anderes übrig, als den afghanischen Staat in Abwesenheit der Regierung aufzubauen.«⁹

NATO-Generalsekretär Rasmussen sprach in Anlehnung an die Terminologie der Computerwelt von der »NATO 3.0«. An manchen Stellen ist das von ihm geschriebene neue strategische Konzept tatsächlich nur NATO 2.1 oder NATO 2.2, also eine simple Nachjustierung des 1991er-Konzepts von Rom oder des von 1999 in Washington. Allerdings sind der Aufbau von Kapazitäten für Wirtschaftskriege oder ziviles Krisenmanagement durchaus neue Pläne. Insofern sollte man sich trotz des wenig erfolgreichen Afghanistan-Krieges auch 2010 hüten, der NATO ein weiteres Mal die Totenglockchen zu läuten.

⁴ Jürgen Wagner: (Un)Sicherheitskakophonie: Anmerkungen zur neuen NATO-Strategie; www.imi-online.de/2010.php?id=2207

⁵ Im Frühjahr 2007 kam es zu Cyber-Angriffen auf Estland, diverse estnische Server wurden lahmgelegt. Siehe »Cyber-Angriffe auf Estland alarmieren EU und Nato«; www.spiegel.de/netzwelt/web/0,1518,483416,00.html

⁶ Vgl. Frank Rieger: Die Angreifer kennen ihr Ziel offenbar ganz genau, FAZ 18.11.2010; darin heißt es: »Die Beweise für eine Cyber-Angriff auf Iran verdichten sich.«

⁷ Zitiert nach Cremer, a.a.O., S. 29

⁸ »Die Spannung ist aus den Gesichtern gewichen«, FAZ 9.11.2010

⁹ Friederike Böge: In Vertretung der abwesenden Regierung, in: FAZ 19.11.2010

Probelesen

Wenn diese Probe-Lektüre Sie davon überzeugen konnte, dass Sozialismus das Richtige für Sie mit fundierten Beiträgen zu den Themen

- Berliner Republik/Die neue LINKE
 - Wirtschaft & Soziales/Forum Gewerkschaften
 - Internationales/Krieg & Frieden
 - Buchbesprechungen/Filmkritiken
 - sowie zweimonatlich einem Supplement zu theoretischen oder historischen Grundsatzfragen
- ist, sollten Sie gleich ein Abo bestellen (und eines der Bücher aus dem VSA: Verlag als Prämie auswählen). Wenn Sie weitere Argumente benötigen, nehmen Sie ein Probeabo. Beides geht mit dem beigefügten Bestellschein (bitte auf eine Postkarte kleben oder faxen an 040/28 09 52 77-50)

- Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum Preis von € 62,- (incl. Porto; Ausland: + € 20 Porto). Ich möchte die Buchprämie Urban Köller Solök
- Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum verbilligten Preis von € 44,- (für Arbeitslose/Studenten). Ich möchte die Buchprämie Urban Köller Solök
- Ich bestelle ein Sozialismus-Probeabo ab Heft _____ (3 Hefte zum Preis von € 10,-/Ausland € 15,-).
- Bitte schicken Sie mir ein kostenloses Probeexemplar.

Name, Vorname

Straße

Plz, Ort

Datum, Unterschrift

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche bei der Redaktion Sozialismus, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Datum, 2. Unterschrift

Bitte als
Postkarte
freimachen

Antwort

Redaktion Sozialismus
Postfach 10 61 27
20042 Hamburg

Abo-Prämie

Eines dieser Bücher aus dem VSA: Verlag erhalten Sie, wenn Sie Sozialismus abonnieren oder uns eine/n neuen AbonnentIn nennen (nicht für Probeabo). Bitte auf der Bestellkarte ankreuzen!

Mehr zum Verlagsprogramm:
www.vsa-verlag.de

